

EU-Wahl 2019 – was wollen die Parteien?

Sie sind zwischen 26 (CDU) und 197 (B90/DIE GRÜNEN) Seiten lang: die Wahlprogramme der Parteien zur EU-Wahl. Wir haben sie auf Aussagen zu den für uns als EVG wichtigsten Themen abgeklopft.

Dabei haben wir uns auf einige wenige Kernthemen fokussiert: auf Aussagen zum Verkehr insgesamt und zur Schiene insbesondere; zum Klimaschutz; zum Gesamtkomplex Arbeitnehmerrechte/Tarifbindung/Mitbestimmung – und zur Frage: Welches Europa soll es eigentlich in Zukunft sein?

Thema: Verkehr, speziell Schiene

CDU

Die Union setzt sich „für einen nachhaltigen Ausbau von Straßen und Schienen sowie leistungsfähiger Wasserstraßen, Häfen und Flughäfen ein. Darüber hinaus wollen wir eine engere Verknüpfung der unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze in Europa erreichen.“ Dabei wird der Schiene nicht der Vorrang eingeräumt: „Unsere starke Automobilindustrie soll die Technologieführerschaft bei der Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, beim autonomen und elektrischen Fahren behalten.“

SPD

Die SPD will Straßen- und die Schienenwege EU-weit verbessern. Der Bau von neuen grenzüberschreitenden Trassen sei „notwendig, damit Europa auch auf der Schiene weiter zusammenwachsen kann. Das gilt ebenso für den Ausbau von grenzüberschreitenden ÖPNV-Verbindungen wie etwa dem Schienenregionalverkehr.“

Der bisher dominante Transportweg Straße müsse „stärker als bisher durch nachhaltigere Alternativen auf der Schiene und eine möglichst emissionsfreie Schifffahrt flankiert werden.“ Außerdem müsse „sichergestellt werden, dass die Mitgliedsstaaten einheitliche Tarife, Qualitätsstandards, Taktfahrpläne und Vertriebssysteme organisieren können.“



Die Grünen fordern, die nationalen Verkehrsnetze europaweit zu vereinheitlichen. „Ein gemeinsames Verkehrsnetz braucht gemeinsame Standards, von Ticketsystemen und Bahnsteighöhen bis zu Sicherheitsstandards.“ Die Mittel dafür sind: Akzeptanz in der Bevölkerung, deutlich leisere Güterzüge, massive Investitionen in transnationalen Güter- und Personenverkehr, die Wiederaufnahme europäischer Nachtzüge zwischen allen Metropolen, ein funktionierender Pendelverkehr in Grenzregionen, ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz.

DIE LINKE.

Die Linke fordert „eine Mobilitätswende, die Bus und Bahn bezahlbar macht und bessere Verbindungen schafft. Initiativen und Kommunen werden bei der Einrichtung von kostenfreiem Schienen- und Nahverkehr unterstützt.“ Den Schwerpunkt sieht sie auf der „Herstellung von Bussen, Bahnen und anderen nachhaltigen Verkehrsmitteln.“

Der Schiene wird eine führende Rolle zugedacht, die Eisenbahn müsse „zur Flächenbahn mit schnellen Verbindungen entwickelt werden; reine Highspeed-Bahnen nützen den meisten Fahrgästen nichts.“ Dafür solle ein „ein beträchtlicher Teil des innereuropäischen Flugverkehrs auf die Schiene verlagert“ und „das europäische Nachtzug-Netz ausgebaut werden.“ Die Trennung von Infrastruktur und Betrieb sowie eine Privatisierung öffentlicher Bahn-Unternehmen lehnt die Partei ab: „Öffentliche Bahnen und der ÖPNV dürfen nicht Wettbewerb und Kommerzialisierung geopfert werden.“



Die FDP fordert eine „bezahlbare Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger im europäischen Binnenmarkt.“ Dabei will sie alle Verkehrsträger „nach ihren Stärken einsetzen und nicht einzelne Verkehrsträger bevorzugen. Jeder Verkehrsträger wird gebraucht.“ Der liberale Ansatz ist deutlich erkennbar: Die Partei will „europaweit faire Wettbewerbsbedingungen insbesondere im Luft- und Schienenverkehr, der durch staatliche Beteiligungen massiv verzerrt wird.“ Die Schieneninfrastruktur „muss europaweit diskriminierungsfrei für alle Bahnen im Personen- und Güterverkehr zur Verfügung gestellt werden.“



Die AfD nennt konkrete Projekte, die sie fördern will: die Rheinschiene von Basel bis Rotterdam, die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals und die Feste Fehmarn-Belt-Querung. Sie spricht sich auch für „intermodalen Gütertransport“ aus, mit dem „komplette LKW oder nur deren Container auf die Bahn oder Binnenschiffe verladen“ werden. „Mit dem intermodalen Verkehr soll ein erheblicher Teil der Lastkraftwagen per Bahn im Transit durch Deutschland gelangen.“ Generellen Vorrang für die Schiene bedeutet das aber nicht: „Die individuelle Mobilität des Menschen (ist) ein sehr hohes Gut in unserem Leben, welches wir auf keinen Fall einschränken wollen. Ideologisch begründete Verbotspolitik wird es mit uns nicht geben.“

Thema: Klimaschutz



„Unser Ziel ist weiterhin, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu vereinen“, heißt es bei der Union. Eine „Innovationsunion“ soll „Innovationen in Bereichen wie Klimaschutz, Medizin, Mobilität und Landwirtschaft entwickeln, die den Menschen dienen.“ Für einen effizienten Klimaschutz müsse Europa sich „mit Nachdruck für eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen. Klar ist: Der Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft darf nicht durch emissionsintensiven Strom aus anderen Ländern ersetzt werden. Energiesicherheit heißt für uns: Vielfalt im Angebot und auf dem Transportweg.“



Die SPD fordert stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung: Um das Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, „unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasreduzierung bis 2030 (Basisjahr 1990).“ Die Sozialdemokraten wollen „weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört, das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind.“



Die Grünen wollen die EU als eine „Union des Klimaschutzes“. Dafür fordern sie „neue Investitionen in Klimaschutz, Öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung“. Dabei sollen Handel und Klima in Einklang sein. „Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen, dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen.“



Die Linke fordert eine „sozialökologische Wende der Wirtschaft.“ Das heißt konkret: Strukturfördermittel sollen an Kriterien wie gute Arbeit sowie soziale und ökologische Standards gebunden werden. „Wir brauchen demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public-Equity-Fonds, die u. a. durch Unternehmen mit hohen Treibhausgasemissionen finanziert werden und die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können. Wir wollen Gewerkschaften, Unternehmen, ökologische Initiativen, Sozialverbände und Bildungsinstitutionen an Entwicklung und Entscheidungen vor Ort beteiligen.“



Die FDP will „Verbesserung des Klimaschutzes dort ansetzen, wo große Mengen CO₂-Emissionen mit relativ geringem Aufwand schnell vermieden werden“. Das sei „in vielen Fällen nicht die Europäische Union.“ EU-Mitgliedstaaten sollen Einsparungsziele, die sie nicht erreichen, gegen die Finanzierung von CO₂-Einsparungen in Ländern außerhalb der EU verrechnen können.



Die AfD stellt den Klimawandel in Frage: „Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg. Ohne CO₂, einem Hauptbestandteil der Photosynthese, gäbe es keine Pflanzen, Tiere oder Menschen. Nicht zuletzt durch den steigenden CO₂-Anteil in der Atmosphäre haben die Weltnahrungsernten signifikant zugenommen.“

Thema: Arbeitnehmerrechte

CDU

Die Union setzt „auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft“. Die Sozialpartnerschaft sei „ein wesentlicher Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Europa. Wir wollen diese Partnerschaft stärken und die Mitbestimmung in den Unternehmen sichern.“ Dazu gehören „Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards. Gleichwohl bleiben Mitgliedstaaten für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder der Altersvorsorge selbst verantwortlich.“ Auch will die Union „ein Europa, in dem Arbeitnehmer europaweit gerechte und lebenswerte Arbeitsbedingungen vorfinden. Arbeitnehmer sollen überall in der Europäischen Union zu fairen Bedingungen arbeiten können. Deshalb gehen wir auch gegen europäisches Lohndumping vor.“

SPD

Die SPD will die sozialen Sicherungssysteme EU-weit stärken und die Löhne anheben. „Dafür muss die Tarifbindung ausgebaut und wieder zum Normalfall werden.“ Dies soll u.a. dadurch erreicht werden, „dass Tariftreue künftig besonders positiv im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren vorausgesetzt wird. Unternehmen, die als Sozialpartner anständig bezahlen, sollen nicht das Nachsehen haben gegenüber denjenigen, die auf Kosten der Beschäftigten Lohndumping betreiben. Dazu gehört auch eine bessere Absicherung der Beschäftigten bei Betreiberwechseln durch verbindliche Vorschriften zum Personalübergang und dem sicheren Fortbestehen von Arbeits- und Sozialbedingungen.“ Auch fordert die SPD einen Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten. Die Rechte der Betriebsräte sollen gestärkt werden: „Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sollen mitbestimmungspflichtige Maßnahmen solange nicht durchführen dürfen, bis die vorgeschriebene Beteiligung der Interessenvertretung erfolgt ist.“



Die Grünen fordern, „dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts, wie der Dienstleistungsfreiheit.“ Die Freizügigkeit dürfe „nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren Firmensitz einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen gelten. Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte stärken und beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen an Entscheidungen in allen Unternehmen mit mehr als 1.000 Angestellten über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen.“ Lohndumping soll durch eine Mindestlohnrichtlinie verhindert werden, „die allen Arbeitnehmer*innen in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert.“

DIE LINKE.

Die Linke will die Mitgliedsstaaten verpflichten, „flächendeckende Tarifverträge statt Tarifflicht zu fördern. Wenn die Tarifbindung abnimmt, müssen die Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen ergreifen.“ Für Deutschland heißt das konkret eine leichtere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Auch wird „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ gefordert und die Mitbestimmung soll gestärkt werden: „Gewerkschaften und Betriebsräte sollen in regionalen Gremien über Einsatz von Investitionsmitteln mitentscheiden.“ Die „Umsetzung der Entsenderichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden.“ Und sie soll „auch für den Transportsektor gilt, so dass es keinen Wettbewerb nach unten bei den Arbeitsstandards und den Löhnen der Fahrerinnen und Fahrer aus unterschiedlichen Ländern gibt.“



Die FDP will die „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern den Mitgliedstaaten überlassen und bei grenzüberschreitenden Problemen unterstützend tätig werden.“ Die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Selbstständigen soll verteidigt werden. „Wir unterstützen die Forderung, Unternehmertum, Selbstständigkeit und innovative Arbeitsformen zu fördern. Die Europäische Kommission soll dauerhaft überprüfen, ob Regelungen auf europäischer Ebene dem entgegenstehen und diese Regelungen anpassen.“ Auch soll mehr privates Kapital für Investitionen mobilisiert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.



Handlungsbedarf sieht die AfD „bei dem Thema Lenkzeiten und Fahrerüberlassung im paneuropäischen Güterkraftverkehr. Die Alternative für Deutschland wird alles daransetzen, dass deutsche Unternehmen wieder konkurrenzfähiger werden können.“ Sie spricht sich für stärkere Kontrollen der Einhaltung des Entsendegesetzes und gleichen Lohn für ausländische EU-Arbeitnehmer sowie inländische Arbeitnehmer und gegen Lohndumping aus: „Ausländische EU-Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten, in denen sie Beschäftigung finden, genauso zu entlohnen und müssen den gleichen gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer.“ Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen „ist strikt zu unterbinden.“

Thema: Europa der Bürger

CDU

Die Union will das EU-Parlament stärken: „Wie die nationalen Parlamente muss auch das Europäische Parlament das Recht haben, Gesetze auf den Weg zu bringen.“ Daher soll das Parlament ein Initiativrecht bekommen. Am Grundgedanken der Subsidiarität wird festgehalten: „Die EU-Mitgliedstaaten entscheiden auch in Zukunft, was Europa macht und welche Aufgaben national geregelt bleiben. Eine Aufgabe soll nur dann von einer höheren Ebene wahrgenommen werden, wenn dies zu einem echten Mehrwert führt und eine untere sie nicht ebenso oder gar besser erledigen kann.“

SPD

Die SPD will die Europäische Bürgerinitiative stärken. „Wir wollen die Reform der EBI zügig voranbringen. Vor allem wollen wir das Mindestalter für eine Beteiligung auf 16 Jahre absenken.“ In Gesetzgebungsverfahren soll generell mehr auf die europäische Zivilgesellschaft gehört werden. Vereinen, NGOs, Jugendringen und -verbänden, Projekten und Initiativen soll eine transparente und chancengleiche Einbindung ermöglicht werden.



Die Grünen begrüßen die bestehende Grundrechtecharta der EU, bemängeln aber, dass sie nur für europäische Gesetze und Organe gilt, nicht aber für das Handeln nationaler Regierungen. Deswegen wird eine Reform der Grundrechtecharta angestrebt, „sodass ihr Anwendungsbereich so ausgeweitet wird, dass alle Bürger*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können.“

DIE LINKE.

Die Linke fordert „einen Politikwechsel in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EU“. Dies soll durch einen Dreiklang erreicht werden: „1. Menschen retten, menschenrechtliche Standards an den Grenzen durchsetzen und sichere und legale Flucht- und Einreisewege schaffen, 2. Grundrechte europaweit durchsetzen und soziale Voraussetzung für Integration verbessern, 3. die Fluchtursachen endlich tatsächlich bekämpfen.“ Gefordert wird ein europäischer Fonds zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit weltweit einsetzen. Generell will sie die „europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die neoliberale Politik der EU bewahren“.



Die FDP setzt sich „für starke Bürgerrechte“ ein. „Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente sollen von der Europäischen Union gefördert werden, ohne dass inhaltliche Themen vorgegeben werden.“



Die Afd lehnt es ab, „die EU zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung umzuwandeln“, ebenso die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“. Stattdessen tritt die Afd für ein Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten ein. „Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben.“

Jolanta Skalska, Oliver Kaufhold | Rückfragen: politik@evg-online.org; kommunikation@evg-online.org